

# Die Sonne im April 2018: Klimaempfindlichkeit gegenüber CO<sub>2</sub> und die Kohlekommission

geschrieben von Admin | 12. Juni 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,  
leider komme ich urlaubsbedingt erst jetzt dazu, Ihnen über den April 2018 zu berichten. Die Sonne war auch im vergangenen April sehr wenig aktiv. An 16 Tagen war die Sonne vollständig fleckenlos; die Sonnenfleckenanzahl des Monats betrug weniger als ein Drittel des zu Erwartenden.

In unserem März-Bericht hatten wir die neuesten Forschungsergebnisse zur Klimaempfindlichkeit gegenüber CO<sub>2</sub> vorgestellt. Danach ist die Klimaerwärmung bis zu 45 % geringer als uns das IPCC und der mainstream der Klimawissenschaftler glauben lässt. Das Interessante aber war die Reaktion des mainstreams darauf: die Methoden der Arbeit von Curry und Lewis werden nicht angezweifelt. Aber es könnte ja sein, - so der mainstream - dass die Erde in der Zukunft ganz anders, nämlich wärmer auf CO<sub>2</sub>Emissionen reagiert. Das kann man eher spekulative Wissenschaft nennen, nämlich auf Modelle zu vertrauen, die in der Vergangenheit versagt haben und weder Meeresströmungen noch Wolken abbilden können. Das Fundament des Pariser Abkommens ist also zusammengebrochen. Bis 2100 werden wir, was immer wir tun, die 2 Grad-Grenze nicht überschreiten. Was passiert nun mit der weltweiten Kohlenutzung? Außer in Europa und Kanada gibt es keinen Abschied von der Kohle. China und Indien dürfen nach dem Pariser Abkommen - wie alle Entwicklungsländer - die Kohlekraftwerkskapazitäten massiv ausweiten. In China kommen 280 000 MW hinzu in Indien 174 000 MW. Zum Vergleich: die gesamte Braunkohlenflotte Deutschlands hat eine Kapazität von 22 700 MW. 1600 Kohlekraftwerke werden weltweit in 62 Ländern gebaut, die meisten übrigens durch chinesische Kraftwerksbauer und mit Hilfe chinesischer Kredite. So etwa 15 300 MW in Pakistan, 16 000 in Bangladesh, selbst Myanmar 5100 MW. (Quelle : South China Morning Post). Insgesamt wird die Kohlekraftwerkskapazität weltweit um 43 % erweitert. Selbst Japan setzt auf Kohle, versucht allerdings mit Hilfe von CCS (Carbon Capture and storage), die CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht weiter ansteigen zu lassen. Daher erscheinen die CO<sub>2</sub>-Verminderungsziele Japans auch eher bescheiden : 16 % bis 2030 und 25 % bis 2050. Zum Vergleich Deutschland 2030 40 % und 2050 80 bis 95 %.

Was andere Länder nicht schaffen, wollen wir mit Hilfe einer Kohlekommission erreichen, die eben nicht mit Energie-, Netz- und Technologieexperten besetzt ist, sondern mit Greenpeace, BUND und lokalen Bürgerinitiativen gegen Braunkohle. Dass allein in der Lausitz eine jährliche Wertschöpfung von 2 Milliarden € aufs Spiel gesetzt wird, werden die Wähler in diesem Raum im nächsten Jahr bei den Wahlen in

Brandenburg und Sachsen nicht vergessen haben, zumal die ehemaligen Ministerpräsidenten von Brandenburg (SPD), Platzeck, und Sachsen (CDU), Tillich, der ehemalige Kanzleramtsminister Pofalla, flankiert von einer ehemaligen grünen Volkswirtin von AGORA an der Spitze der Kommission stehen. Aber was sind schon verlorene Landtagswahlen, wenn es doch um die Rettung der Welt geht ! Und dann sind ja noch die Grüne Gunda Röstel von der Stadtentwässerung Dresden und der Grüne Rainer Priggen, Vorsitzender des Lobbyverbandes Erneuerbare Energien in Nordrhein-Westfalen als Experten in der Kohlekommission. Auf die Idee auch Kritiker der alternativen Windenergie, die mittlerweile die grösste Naturzerstörung in Deutschland seit dem 2. Weltkrieg verursacht hat, ist kein Politiker der Bundesregierung gekommen. Dass die Verdreifachung der Windenergiekapazität in Deutschland zu einem durchschnittlichen Abstand der Windmasten von 2,7 km führt, interessiert die Bundesregierung nicht. Am Parlament vorbei darf nun Prof. Schellnhuber seinen Traum von der "Grossen Transformation" ausleben. In einem Gutachten für die Bundesregierung hatte der von ihm geleitete Sachverständigenrat WBGU 2011 einen "Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation" vorgelegt. Die Kernthese des WBGU ist folgende: das gegenwärtige Wirtschaftsmodell ("fossiler industrieller Metabolismus") sei normativ unhaltbar. Der Umbau der Weltwirtschaft müsse schnell gehen, auf Kernenergie und Kohle sei gleichzeitig und kurzfristig zu verzichten. In Deutschland solle demnach der Klimaschutz allgemeines Staatsziel werden, an dem das Handeln von Legislative, Exekutive und Judikative ausgerichtet werde. "Um Zukunftsinteressen institutionell zu verankern, empfiehlt der WBGU zu erproben, das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren um eine deliberative 'Zukunftskammer' zu erweitern. Um interessens- und parteipolitische Einmischung zu vermeiden, könnte die Zusammensetzung dieser Kammer beispielsweise durch Losverfahren ermittelt werden."

Dem Losverfahren kommt die Besetzung der Kommission schon ziemlich nahe. Da es zur Zeit keine wirklich belastbare Alternative durch erneuerbare Energien weder hinsichtlich der Versorgungssicherheit noch der Wettbewerbsfähigkeit gibt, heißt Dekarbonisierung nichts anderes als Deindustrialisierung. Die Chinesen kommen aus dem Grinsen nicht mehr heraus. Nach dem Motto Frechheit siegt und Dummheit verliert, haben sie nun verlauten lassen, dass ihr massives Kohlekraftwerksprogramm aus dem mit 100 Milliarden Dollar jährlich gespeisten Pariser Green Climate Fund finanziert werden soll. Die 100 Milliarden Dollar sollen von den Industrieländern getragen werden; Deutschland hatte 2016 einen Beitrag von 8,5 Milliarden € ab 2020 in Aussicht gestellt. Trump war clever genug, rechtzeitig aus diesen Pariser Schildbürgerstreichen auszusteigen.

Es grüßt Sie kopfschüttelnd

Ihr

Fritz Vahrenholt